

Was passiert im Mai?

Bevorzugt keine Entweder-oder-Entscheidung

Madiha Afzal

Als eine der drängendsten außenpolitischen Entscheidungen, vor denen US-Präsident Biden steht, ist laut seinem Umfeld die Frage, was mit den 2500 in Afghanistan verbliebenen US-Truppen geschehen soll. Er hat bislang nicht angedeutet, in welche Richtung er sich entscheiden wird. Die Autorin lotet Optionen aus.

Eine falsche Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt könnte Afghanistan den Taliban überlassen. Auch wenn diese das abstreiten: Eine der Konsequenzen wäre voraussichtlich eine gestärkte al-Qaida und ein großer Rückschlag für die Rechte afghanischer Frauen sowie für den demokratischen Prozess. Das würde hart erkämpfte Errungenschaften gerade für die jüngere Generation von Afghan(inn)en rückgängig machen. In gleichem Maße beschädigt wäre die Glaubwürdigkeit einer US-Regierung, die angetreten war, für die genannten Werte einzutreten – wie immer man zur Umsetzung stehen mag.

Was jedoch sind die Optionen, was könnte sich absehbar als falsch herausstellen? Es gibt in den USA einen wachsenden Chor, der Bidens Wahl in eindimensionale Optionen fasst. Die einen argumentieren, die USA sollten alle amerikanischen Truppen bis Mai 2021 aus Afghanistan abziehen. Dem Datum, das in dem vor fast einem Jahr in Doha unterzeichneten Abkommen zwischen den USA und den Taliban für einen vollständigen Abzug vorgesehen ist. Die anderen bringen vor, die US-Truppen sollten über dieses Datum hinaus bleiben. Ich halte diese Entweder-oder-Positionierung grundsätzlich für fehlerhaft. Zumal ein solches Entweder-oder den USA einseitig die Verantwortung zuordnet. Tatsächlich aber wurde die Abmachung von Doha von zwei Vertragsparteien unterzeichnet und Bedingungen sind angeführt, die beide zu erfüllen versprochen haben.

Keine einseitigen Verpflichtungen

Im Doha-Deal haben sich die Taliban unter anderem verpflichtet, jetzt schon terroristische Anschläge in Afghanistan zu bekämpfen und Vorbereitungen dazu in den von ihnen kontrollierten Gebieten zu unterbinden. Die Vorgängerregierung Trump hat vor der Präsidentschaftswahl versucht, diese Bedingungen aufseiten der Taliban zu ignorieren, um so schnell wie möglich aus dem Land zu kommen und einen vermeintlichen Erfolg präsentieren zu können. Doch USAufklärungsdienste stellten Anfang des Jahres fest, dass al-Qaida in Afghanistan an Stärke gewinnt und weiterhin mit den Taliban unter deren Schutz operiert. Sie stellten ebenso fest, dass al-Qaida ein Netzwerk von Mentoren und Beratern mit den Taliban unterhält. Das klingt nach einer Verletzung des Doha-Abkommens: Die Taliban haben ihre Verpflichtungen – noch – nicht erfüllt.

Der erste Kontakt der Biden-Administration mit Afghanistan fand zwei Tage nach seiner Amtseinführung statt. Der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan telefonierte mit seinem afghanischen Amtskollegen Hamdullah Mohib. Laut Gesprächsprotokoll sagte Jake Sullivan zu, das Abkommen zwischen den USA und den Taliban vom Februar 2020 zu überprüfen und danach zu beurteilen, ob die Taliban ihren Verpflichtungen nachkommen, die Verbindungen zu terroristischen Gruppen zu kappen, die Gewalt in Afghanistan zu reduzieren und sich auf sinnvolle Verhand-

lungen mit der afghanischen Regierung und anderen Beteiligten einzulassen.

Die erste Entscheidung der Biden-Administration zu Afghanistan sollte also sein, sicherzustellen, dass die Taliban die Bedingungen ihrerseits erfüllen. Davor einem Jahr in Gang gesetzte Friedensprozess, der sich jetzt in der Phase der innerafghanischen Verhandlungen befindet, erfordert Geduld und Sorgfalt (und kann noch scheitern). Ein einseitiger Rückzug der USA, ohne sich zu vergewissern, dass die Taliban ihren Teil der Abmachungen effektiv umsetzen, wäre für den Friedensprozess fatal. Ich möchte nicht, dass das Doha-Abkommen scheitert, so fehlerhaft es auch ist. Ein einseitiges Verständnis seiner Umsetzung wäre hingegen selbstzerstörerisch.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zur Autorin



Madiha Afzal ist David-M.-Rubenstein-Stipendiatin am *Brookings Institute* und bearbeitet die Politikbereiche Äußeres, Mittlerer Osten, Sicherheits-Strategien und Technologie.

Texthinweis

Der Originaltext wurde am 10. Februar 2021 unter dem Titel *May 2021 should not be seen as a unilateral deadline for the United States to leave Afghanistan* zur Verfügung gestellt und ist abrufbar via <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2021/>